



Nr. 120 - Dezember 2013 / Januar 2014

Good News: Mehr Steuern und keine neuen Schulden für Berlin

Die Fraktionen der Koalition aus SPD und CDU haben sich auf einen Landshaushalt für 2014 geeinigt. Das mit 63 Milliarden Euro verschuldete Berlin müsste damit bei gleich bleibenden Konjunkturbedingungen keine neuen Kredite mehr aufnehmen, ein Jahr früher als prognostiziert. Gründe dafür sind höhere Steuereinnahmen, das niedrige Zinsniveau, die Sparpolitik des Senats – und die Berliner Wirtschaft. Sie wuchs allein in den vergangenen acht Jahren um 17,4 Prozent. Die Start-Up-Szene gedeiht, der Tourismus boomt und sogar die längst verloren geglaubte Industrie kehrt in die Stadt zurück. Das Bruttoinlandsprodukt wächst in Berlin seit Jahren überdurchschnittlich, getrieben von forschungsnahen und kreativen Unternehmen. So kann der Senat voraussichtlich alle (dringend benötigten) Schul-Sozialarbeiter-Stellen erhalten und sogar noch die Rücklagen für wahrscheinliche Mehrkosten des BER-Flughafen-Baus erhöhen. (Zahlen und Fakten: Der Tagesspiegel vom 20.11.2013)

Gebet:

- **Dank für diese überraschend schnelle und positive Entwicklung**
- **Andauern der guten Konjunktur und wirtschaftlichen Entwicklung**
- **Haushaltsdisziplin aller Beteiligten**

Einschränkung der Prostitution

Seit 2007 gibt es Pläne für ein Großbordell an der Potsdamer-/Ecke Kurfürstenstraße. Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat die Nutzung der Stockwerke über dem Sex-Kaufhaus „LSD“ als Bordell abgelehnt und dies mit der zusätzlichen Belastung für die Anwohner und Gewerbetreibenden begründet. Das Verwaltungsgericht Berlin sowie das Oberverwaltungsgericht (OVG) sind der Argumentation des Bezirks gefolgt und haben die Klage des Bordellbetreibers abgewiesen. Nun hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das OVG das Urteil überprüfen muss.

Unterdessen geht auch in der Berliner Politik der unter anderem von Alice Schwarzer ausgelöste Streit um ein Verbot der Prostitution weiter. Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) denkt gegenwärtig über zeitlich begrenzte Sperrbezirke nach. Der Senator sei zwar gegen ein vollständiges Verbot der legalen Prostitution, sagte ein Sprecher, weil dies das Problem nur ver-

drängen und die Frauen kriminalisieren würde. Henkel könne sich aber durchaus vorstellen, beispielsweise für die Kurfürstenstraße „ein zeitliches Prostitutionsverbot von morgens bis in die frühen Abendstunden“ zu erlassen. Der Senat kann aus Gründen des Jugendschutzes verbieten, in bestimmten Gebieten der Prostitution nachzugehen, und zwar beschränkt auf bestimmte Tageszeiten. Dazu würde Henkel jetzt das Gespräch mit der Senatsverwaltung für Frauen und mit der für den Jugendschutz zuständigen Bildungsverwaltung suchen. Eine entsprechende Verordnung müsste zwischen den drei Häusern abgestimmt und vom Senat beschlossen werden. Für die Durchsetzung der Sperrbezirke wären dann zunächst die Bezirke verantwortlich.

Gebet:

- **Kein Großbordell an der Potsdamer Straße**
- **Vernünftige und durchsetzbare Maßnahmen zur Einschränkung der Straßenprostitution**
- **Eindämmung des Menschenhandels und der verbreiteten Zwangsprostitution**

Görlitzer Park

Kürzlich trafen sich über hundert Kreuzberger im offenen Forum des Bezirksamts, um über die Probleme des Görlitzer Parks und dessen Zukunft zu sprechen. Für die mehr als 100 aktiven Drogendealer im Park, den Müll und die Lärmbelastung müssen Alternativen gefunden werden. Die Veranstaltung war ein Versuch des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg, gemeinsam mit den Bürgern etwas im Park zu verändern, der wegen der massiven Zunahme des illegalen Drogenhandels zur Problemzone geworden ist. Viele Bürger fühlen sich angesichts des Drogenhandels und der häufig sexistischen Anmache nicht mehr sicher in dem Park, der für viele Anwohner ein Ort zum Feiern und Erholen war und ist. Es wurde schon einiges getan, um den Park schöner zu machen: Die Hauptwege sind beleuchtet, der Drachenspielplatz wurde saniert, sogar ein Barfußpfad entstand, ein Platz für freilaufende Hunde ist entstanden. Welche weiteren Maßnahmen sinnvoll sein könnten, um den Drogenhandel, die rauen Sitten und die Vermüllung einzudämmen, wird noch diskutiert. (Quelle: Berliner Zeitung, 9. 11. 2013)

Gebet:

- **Dank für die Bürger, die sich für die Verbesserung der Situation engagieren**
- **Rückgang des Drogenhandels**

- **Sinnvolle Maßnahmen gegen Drogenhandel und Vermüllung, Engagement von Christen aus der Umgebung.**

Arme Kinder und Weihnachten

In Berlin gibt es zur Weihnachtszeit über 80 große und kleine, traditionelle und alternative Weihnachtsmärkte. Das Konjunkturbarometer zeigt deutlich nach oben, so dass viele Bürger wieder mehr Geld für Geschenke ausgeben werden. Alle Jahre wieder gilt aber leider auch dies: Die Zahl derer, die sich nur sehr wenige oder gar keine Geschenke leisten können, wächst. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in unserer Stadt weiter auseinander. Berlin ist trauriger Spitzenreiter bei der Zahl der Kinder und Jugendlichen, die von Hartz IV leben. Die Hauptstadt liegt bundesweit an der Spitze: 34,3 Prozent aller Kinder und Jugendlichen leben in Hartz-IV-Haushalten (Zahlen vom September 2013). Wie erleben diese Kinder und ihre (häufig allein erziehenden) Elternteile das Weihnachtsfest? Wer beschenkt sie? Wer erzählt ihnen die Geschichte von der Geburt des Retters Jesus? Umso wichtiger ist es, dass christliche Einrichtungen wie „Die Arche“, das „Kinder- und Jugendhaus Bolle“ oder das „Haus Jona“ ihnen übers Jahr regelmäßig Zuwendung, warme Mahlzeiten, Spielmöglichkeiten und Hausaufgabenhilfe bieten - und nicht zuletzt die Botschaft von der Liebe Gottes. Wie gut ist es, wenn wenigstens ein paar christliche Gemeinden zu einer Heiligabend-Feier für Familien und Alleinstehende einladen, wo die Gäste die Liebe Gottes in Wort und Tat erleben können!

Gebet:

- **Dass die betroffenen Familien und Kinder auf irgendeine Weise von der Liebe Gottes erfahren**
- **Für die Weihnachtsfeiern der Gemeinden**
- **Für die regelmäßige Arbeit der Einrichtungen für benachteiligte Kinder**

Bußgottesdienst an der Marienkirche

Am 10.11. gab es auf dem ehemaligen Neuen Markt nahe der Marienkirche einen öffentlichen Bußgottesdienst, bei dem vor Gott die vielfache Schuld der Beraubung und Ermordung von Juden seit Gründung der Stadt Berlin bekannt wurde. Konkreter Anlass war die grausame Hinrichtung und Verteilung des jüdischen Münzmeisters Lippold Ben Chluchim im Jahr 1573. Die Berliner Jerusalemgemeinde hat heute ihre Räume in dem ehemaligen Münzgebäude von Lippold. Kurfürst Joachim II hinterließ 1871 seinem Nachfolger hohe Schulden und Lippold wurde fälschlicherweise beschuldigt, den Kurfürsten ermordet zu haben. Die Juden wurden ausgeplündert und für 100 Jahre aus Berlin und der Mark Brandenburg verbannt. Seit Gründung der Stadt gibt es ein sich stets wiederholendes Muster

von Unterdrückung, Beraubung, Ermordung und Vertreibung der jüdischen Bürger. Im Moment zeigt die Ausstellung „Geraubte Mitte“ im Ephraimpalais die Fülle jüdischer Bürgerhäuser, die von den Nazis enteignet wurden, um die Hauptstadtplanung „Germania“ zu verwirklichen. Bis heute sind viele Eigner der Grundstücke noch nicht entschädigt. Dies ist ein Unrecht, das die Stadt Berlin als neuer Besitzer erst jetzt erforscht und bei ihren Planungen zum Umbau von Mitte berücksichtigen will. Bei dem Bußgottesdienst wurde daher alte und neuere Schuld, die bis in die Gegenwart hineinreicht, vor Gott bekannt. Bei verhangenen grauen Himmel wurde begonnen und bei Sonnenschein konnte der Bußgottesdienst, an dem ca. 100 Menschen teilnahmen, abgeschlossen werden - ein ermutigendes Zeichen des Himmels für alle Teilnehmenden, dass Gottes Gnade neu über Berlin Mitte aufleuchtet.

Gebet:

- **Dass der Senat sich intensiv darum bemüht, in der Nazizeit enteigneten jüdischen Grundbesitz in Berlin-Mitte zu entschädigen**
- **Dass die Herzen der Menschen in Berlin mit Liebe zu den jüdischen Mitbürgern erfüllt werden**
- **Dass neuer Segen in die Umbauplanungen des Bezirkes Mitte kommt**

Dran bleiben: Flüchtlings-Unterkünfte

Für die Flüchtlinge aus anderen Bundesländern, die über Monate für ihre Forderungen auf dem Oranienplatz in einem Zeltcamp ausharrten, sind Unterkünfte gefunden worden. Gleiches gilt für die Hungerstreikenden, die vor dem Brandenburger Tor protestierten. Die evangelische Heilig-Kreuz-Gemeinde und die katholische Caritas haben vorübergehend Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Allerdings zogen neue Flüchtlinge in die Zelte. Beten wir weiter für eine menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge vor Ort und gerechte gesetzliche Regelungen auf Bundesebene.

Termine:

- 13.12., 18 Uhr: **Politisches Stadtgebet** im Berliner Abgeordnetenhaus (Raum 320)
- 08.01., 18 Uhr: **Politisches Stadtgebet**, Ort wird noch bekanntgegeben
- 12.-19.01.: **Internationale Gebetswoche** der Evangelischen Allianz unter dem Motto „Mit Geist und Mut“ mit zahlreichen Gebetstreffen auch in Berlin. Orte und Termine unter www.evangelische-allianz-berlin.de. **Gemeinsamer Abschluss-Gottesdienst** für Berlin: 19.01., 15 Uhr, Ev.-Freikirchliche Gemeinde, Tempelhofer Damm 133-137, 12099 Berlin

Zum **Abonnieren** dieses Gebetsbriefes tragen Sie bitte Ihre e-Mail-Adresse auf <http://www.gebet-fuer-berlin.de/goodnews> ein. Sie erhalten eine Mail, die Sie noch einmal bestätigen müssen. Das **Abmelden** geschieht über die gleiche Internet-Adresse.

Ja, bitte. Sie dürfen diesen Gebetsbrief in Ihrer Gruppe oder Kirche auslegen, weitergeben, vervielfältigen oder den Inhalt in eigene Veröffentlichungen übernehmen. Bitte schließen Sie die Quellenangabe www.gebet-fuer-berlin.de ein. Dieser Gebetsbrief ist auch in **Englischer Sprache** erhältlich. Infos unter <http://gebetfuerberlin.wordpress.com/english/>